

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

SPD/II/102

Hannover, 5. Dezember 1947

Bidaults Plan undurchführbar

-et. 15 Millionen Deutsche sollen nach einem Vorschlag des französischen Außenministers Bidault auf der Londoner Konferenz ihre Heimat verlassen, wenn das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs einigermaßen entsprochen werden soll. Damit würde die deutsche Bevölkerungsdichte auf 145 Menschen je Quadratkilometer gebracht, was der Status von 1936 entspräche. Bidault fügte weiter hinzu, daß Frankreich bereit sei, 400 bis 500.000 Deutsche aufzunehmen.

Frankreich hat heute eine Bevölkerungsdichte von etwa 75 Menschen auf einem Quadratkilometer, das Verhältnis wäre also immer noch 1:2 zu Gunsten Deutschlands, wenn Bidaults Wunsch durchführbar wäre. Ist die Unsicherheit, die durch den "Druck vom Osten" angeblich über Frankreich schwebt, bei einem Verhältnis von 1:2 geringer als bei einem Verhältnis 1:2,5? Das will scheinen, daß man das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich mit dem Plan Bidaults nicht von der glücklichsten Seite her anpackt. Aber wie dem auch immer sei, es soll versucht werden, ohne Ressentiments und Vorurteile den Plan Bidaults zu untersuchen.

Mit seinen zerstörten oder demontierten Fabriken, zertrümmerten Städten und dem auf wahrscheinlich noch längere Zeit darnieder liegenden Land und Wandel bietet Deutschland einen trostlosen Anblick. Auf verklebtem Raum stoßen und drängen sich um 12 Millionen Menschen mehr als je. Die Ernährungsbasis ist durch die großen Gebietsabtretungen im Osten zusammengeschrumpft und bietet kaum der Hälfte der Einwohner einen ausreichenden Brotkorb. Dies alles spricht für Bidault und es mag nicht nur unter den Flüchtlingen heute viele Deutsche geben, denen das Auswandererrecht als einzige Möglichkeit erscheint, der ungünstlich gewordenen Heimat den Rücken zu kehren und fernab ein neues Leben zu beginnen. Es mag auch Einzelnen gelingen, ihr Los durch so von der Heimat zu lösen, für eine Massenauswanderung im Sinne des Vorschlags Bidaults liegen aber heute und in den nächsten Jahren - und sie sind ja vom innerdeutschen Ernährungspunkt betrachtet gerade alle kritischen - keine Anhaltspunkte vor.

Als menschenleere Räume, die grössere Massen von Einwanderern aufnehmen können, kommen hauptsächlich Südamerika und Südafrika, in kleinerem Massstab wohl auch Kanada in Betracht. Verbindliche Zusagen liegen heute nur von Argentinien vor, das geneigt ist, 250.000 Einwanderer in fünf Jahresraten zu 50.000 aufzunehmen, vor allem Bauern, Techniker und Spezialarbeiter. Ferner hat Venezuela ein Kontingent von 15.000 Einwanderern für 1947 freigegeben, doch ist diese Frist inzwischen verstrichen. In anderen südamerikanischen Ländern ist wohl gleichfalls grosser Bedarf an Menschen vorhanden, es sind aber bisher weder Klime aufgestellt, noch entsprechende technische Vorbereitungen getroffen worden. Ohne genaueste Planung bis ins einzelne sind aber Masseneinwanderungen nicht durchzuführen, weil sonst das soziologische Gefüge des Landes zerrüttet, zum anderen die Einwanderer vielleicht einen grösseren Notstand antreffen würden, als sie ^{sich} in der Heimat verlassen haben. Improvisation wäre also für beide Teile gefährlich. Aber selbst, wenn alle diese Voraussetzungen geklärt wären, bildet das Transportproblem neue, zur Zeit unüberwindliche Schwierigkeiten. Um beispielsweise eine Million Menschen nach Übersee zu bringen, sind 200 Schiffe notwendig, die ein Jahr lang hin- und herfahren. Soviel Schiffsraum ist aber heute noch nicht zur Verfügung. Derartige Kraftanstrengungen sind wohl im Kriege möglich, wo Rentabilitäts Erwägungen wegfallen, im Frieden hat es die Menschheit leider noch nicht so weit gebracht, ihre Energien auf einen gemeinnützigen Zweck zu koordinieren und ähnliche Leistungen zustande zu bringen wie im Kriege.

Die Übervölkerung Deutschlands ist aber nicht die härteste Tatsache in dem Zusammenspiel zwischen Mensch und Raum, wenn sie auch heute am härtesten empfunden werden mag. Härter noch ist die erschütternde Tatsache, dass Deutschland an einem grossen Frauenüberschuss und einer erschreckenden Vergreisung leidet. Durch die Verluste in zwei Kriegen fehlen heute in den Altersklassen zwischen 18 und 50 Jahren, also gerade den Klassen, die allein für eine Auswanderung in klimatisch und sozial andersgeartete Verhältnisse in Frage kommen, 40 v.H. des natürlichen Solls. Allein in der Bizone stehen in den Altersklassen zwischen 20 und 40 Jahren 5.563.000 Frauen mit 4.073.000 Männer gegenüber. In der Praxis bedeuten diese Zahlen, dass die arbeitskräftigen Schichten des deutschen Volkes heute viermal soviel Alte, Kranke und Kinder zu erhalten haben wie bei normaler biologischer Entwicklung. Es ist schliesslich nicht wegzuleugnen, dass heute bereits ein fühlbarer Mangel an Facharbeitern herrscht. Nach der Demontage unserer Fabriken würde ein organisierter Massenabzug von Fachkräften bedeuten, dass Deutschland auf den Status des Morgenthau-Planes herabsinken und auf ihm verbleiben würde.

Dass Deutschland trotz der Übervölkerung lebensfähig ist, beweist Belgien, das bei 265 Menschen auf den Quadratkilometer (gegen etwas über 200 in Deutschland) einen erstaunlich hohen Lebensstandard aufweist. Belgien ist wie Deutschland hoch industrialisiert, es hat allerdings ein riesiges Kolonialgebiet und Zugang zu allen Rohstoffmärkten der Welt.

Die Lösung des deutschen Problems ist daher nicht in Südamerika zu suchen. Man gebe Deutschland die abgetrennten Ostgebiete zurück und man gebe Deutschland wie Belgien die Möglichkeit, seine industriellen Möglichkeiten zusammen mit den Fähigkeiten seiner Bewohner durch Zugang zu den Rohstoffen und den Nahrungsmitteln erzeugenden Ländern wohl auszunützen. Zu einer Belohnung wird die Zusammenballung von Menschen auf engem Raum nur dann, wenn man diesen Menschen die Möglichkeit zum Leben nimmt.

Der Dolch des Mörders unter der Juristenrobe

M. Nürnberg, 5. Dezember -

"Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen", lautete ein Satz in der Urteilsbegründung, mit der der Prozess gegen 14 ehemalige führende Vertreter der nationalsozialistischen Justiz nach neunmonatiger Verhandlungsdauer in Nürnberg diese Woche abgeschlossen wurde - und klarer lässt sich der Eindruck, den der Prozess vermittelte, nicht zusammenfassen. Eine Atmosphäre menschlicher Kälte war es, die hier von der Bank der Angeklagten ausging und selbst den abgehärteten Dauerbesucher der Nürnberger Prozesse zurückstieß; um abstrakte Begriffe wurde zwischen der Verteidigung und der Anklage gerungen, von denen keine Linie zu der ausserhalb der Justiz stehenden Bevölkerung führte.

Es ist selbstverständlich, dass in der einheitlichen Grundfarbe des Gesamtbildes bei 14 Angeklagten auch 14 Nuancen enthalten waren. Das amerikanische Gericht hat dementsprechend abgewogen und vier Angeklagte freigesprochen, vier zu lebenslänglichem, vier zu 10 Jahren, einen zu sieben und einen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Strafen wurden selbst im Kreise der Verteidigung im Vergleich zu dem scharfen Ton der Urteilsbegründung als überraschend milde bezeichnet. Warum kein schärferer Maßstab angelegt wurde, ist auch unter Sachkennern ein Rätselraten. Persönliche Abneigung des Gerichtes gegen Todesstrafe, politische Ressentiments mit dem Blick zum Osten, Berücksichtigung der Unsicherheit in der allgemeinen völkerrrechtlichen Lage, mit der das Urteil fällt und steht - so schwirrten die Vermutungen nach der Urteilsverkündung durch den Nürnberger Justizpalast. Vielleicht gibt die Feststellung des Gerichtes, dass das zugrundeliegende Kontrollratsgesetz Nr. 10 nur dann eine Strafverfolgung wegen Vergehens gegen deutsche Staatsangehörige vorliegt, wenn unbewusste Teilnahme an von der Regierung planmässig organisierte Verbrechen bewiesen wird, entsprechenden Aufschluss darüber, warum die besonders in den Urteilsbegründungen gegen Richter der Volks- und Sondergerichte auftauchenden Ausdrücke wie "sadistisch", "böswillig", "rachsüchtig", "Rechtsverdrängung" usw. kein Echo in der Strafe finden. Sei dem wie es sei, "auf jeden Fall wird die Urteilsbegründung in diesem Prozess, in dem Juristen zu Juristen über Juristen sprechen, nicht ungehört in den Diskussionen um ein neues Völkrecht verklingen", wie ein Pressevertreter es auslegte.

Fassen wir die juristischen Entscheidungen zusammen: Das Gericht zieht in der Urteilsbegründung einen Vergleich zwischen der Besetzung Polens durch Deutschland und der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten. Deutschland ist auf Grund der Haager Landkriegsordnung gebunden gewesen, so heisst es, und habe darum kein Recht gehabt, Gerichte zur Aburteilung polnischer Staatsbürger einzusetzen. Demgegenüber wird eindeutig festgestellt, dass in Nürnberg ein Gericht tagte, "das seine Befugnisse und Zuständigkeiten allein aus der Befehlsgewalt der Besatzungsmacht herleitete", da die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und das darauf folgende Chaos die Reorganisation des Staatsgefüges durch die Alliierten notwendig gemacht habe. Ein wesentlicher Punkt der Verteidigung, die im Hinblick auf die als Anklagepunkt primäre "Juden- und Polen-Rechtsordnung" dasselbe Recht für Deutschland in Anspruch genommen hatte, fand somit seine Ablehnung. Der Einwand der Verteidigung, dass ein Richter als Exekutiv-Beamter

an die Legislative seines Landes gebunden sei, ohne Fragen stellen zu dürfen, forderte die zweite grundsätzliche Feststellung heraus. Sie wurde getroffen, da das Gericht anführte, dass die Befolgung deutschen Rechtes keine Entlastung bei der Beurteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt. (the/512/2/ha)

Pariser Presseäusserungen zu Deutschland

A.F. Paris, Anfang Dezember

Die linksstehende, unabhängige Pariser Morgenzeitung "Combat" veröffentlicht eine Artikelserie über die französische Zone. Der Mitarbeiter der Zeitung, der die kulturellen und auch die verwaltungstechnischen Leistungen der französischen Behörden in Deutschland durchaus anerkennt, nimmt gegenüber der französischen Besatzungspolitik eine recht kritische Haltung ein. Er wendet sich insbesondere gegen die verwaltungsmässige Aufteilung der Zone in drei kleine Ministarstaaten mit eigener Verfassung, eigenem Parlament und eigener Regierung, ein falsch verstandener Föderalismus, der in Wirklichkeit der föderalistischen Idee den Boden unter den Füßen wegzieht, umso mehr als diese deutschen Regierungen nach Ansicht des französischen Journalisten nur Puppenregierungen ohne Ansehen bei den Deutschen sind. Die Zeitung verurteilt ferner die beinahe hermetische Abtrennung der Zone von dem übrigen Deutschland, die Unterdrückung des Wortes "Deutschland" in den Parteinamen, das Verbot gegen Schwacher, in der französischen Zone zu sprechen usw.

Die kommunistische "Humanité" liefert erneut den Beweis, dass die Kommunisten zu Gegnern jedes wahren Internationalismus geworden sind und auch nicht mehr an die Interessen der Arbeiterschaft denken. Sie wendet sich mit Entrüstung gegen die Wiederaufnahme der deutschen Autoausfuhr. Sie sieht darin eine verhängnisvolle Folge des Marshall-Planes: "Neu ausgerüstet, von den Amerikanern mit Maschinen beliefert, wird jetzt die Industrie Westdeutschlands der französischen Automobilindustrie Konkurrenz machen. Washington bleibt seiner Politik treu; Deutschland wieder auf die Baine stellen vor den Opfern des Hitlerangriffes."

Ein regelmässiger Mitarbeiter der rechtsstehenden Zeitung "L'Époque" glaubt zu wissen, dass in den Konzentrationslagern der Ostzone jährlich 150.000 Menschen zu Grunde gehen. Er nennt in seinem Artikel folgende Lager: Buchenwald, Sachsenhausen, Fünfeichen, Jamlitz, Frankfurt/Oder, Oranienburg, Berlin-Hohenschönhausen, Turgau, Mühlberg/Elbe, Altenburg, Buntzen, Altenhain, Schwerin, Ketschendorf, Döbeln, Unterwallenborn und Freiburg. Die kleineren Lager hätten zwischen 6.000 und 10.000 Insassen, die grösseren 15.000 bis 20.000. Insgesamt seien dauernd rund 200.000 Deutsche interniert. Nach einem sehr genauen Bericht über das Lager Ketschendorf betrage die tägliche Sterblichkeit im Durchschnitt 15 Personen, d.h. 5.151 jährlich, oder mehr als zwei Drittel des Gesamtlagerbestandes. Die Zeitung betont, dass es sich bei den Internierten meistens weder um Kriegsverbrecher noch um Nazis handelt, sondern um antikommunistische Elemente, darunter auch zahlreiche Sozialdemokraten. Sie fügt wörtlich hinzu: "Man muss der Weltöffentlichkeit diese Methoden enthüllen, um ihr zu verstehen zu geben, dass die westlichen Alliierten keine Regelung der deutschen Frage nach den Methoden und den Regeln, wie sie von den Sowjets ausinandergesetzt werden, annehmen können."

Noch 426.000 Kriegsgefangene in Frankreich

A.F. Paris, Anfang Dezember

Eine im November erschienene Veröffentlichung des französischen Arbeitsministeriums (Revue Française du Travail) enthält eine Reihe statistischer Angaben über die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich nach dem Stande von 1. September 1947.

Danach gab es an diesem Tage in Frankreich insgesamt 426.122 deutsche Kriegsgefangene gegen 452 181 im Vormonat, 172 517 waren davon in der Landwirtschaft beschäftigt, 10 523 in der Forstwirtschaft, 47 791 in den Kohlengruben, 5 836 in den Steinbrüchen, 5.735 beim Bau von Kraftwerken, 14.542 in der Metallindustrie, 4.475 in der chemischen Industrie, 1.499 in der Textilindustrie, 37.518 mit Wiederaufbauarbeiten, 17.986 mit öffentlichen Arbeiten, 3.925 an der Eisenbahn, rund 25.000 mit verschiedenen Arbeiten, während rund 85.000 in den Lagern beschäftigt sind oder der Militärverwaltung zur Verfügung stehen. Die Entlassungen gingen im Monat August ausschließlich zu Lasten der zivilen Wirtschaft. Die Zahl der Lagerinsassen ist sogar leicht gestiegen. Die überwiegende Mehrheit der Gefangenen befindet sich in Nord- und Ost-Frankreich.

Sehr aufschlußreich ist auch folgende Tabelle über die von den französischen Behörden vorgenommene Aufteilung der Gefangenen in Bezug auf ihre Entlassung. Die ersten zehn Gruppen können bevorzugt entlassen werden:

1. Kriegsgefangene, die durch tatsächlichen Einsatz ihrer Person gegen den Nazismus gekämpft haben.....	260
2. Gefangene über 50 Jahre.....	193
3. Gefangene über 45 Jahre.....	1912
4. Unteroffiziere, die sich freiwillig zur Schwerarbeit gemeldet haben.....	6438
5. Kriegsgefangene, die besondere Verdienste erwiesen haben (Unterstützung französischer Kriegsgefangener oder Deportierter in Deutschland oder der französischen Bevölkerung während der Besetzung Frankreichs).....	2812
6. Kriegsgefangene mit vier oder mehr Kindern.....	14292
7. Kriegsgefangene, Witwer mit mindestens zwei Kindern.....	3082
8. Unteroffiziere, die sich freiwillig zu gewöhnlicher Arbeit gemeldet haben.....	57932
9. Kriegsgefangene über 40 Jahre.....	46812
10. Kriegsgefangene mit drei Kindern.....	11242
11. Andere Kriegsgefangene.....	281142

Es ist bedauerlich, daß Antifaschisten, die unter Einsatz ihres Lebens gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen haben, noch am 1. September 1947 in Kriegsgefangenschaft waren. Es ist ferner erstaunlich und betrüblich, daß die französischen Behörden bisher keinerlei Unterschied gemacht haben zwischen nationalsozialistischen Parteimitgliedern, von den Mitläufern bis zu den SS-Männern, und anerkannten Antifaschisten, obwohl ihnen zahlreiche Fälle berücksichtigungswertter Antifaschisten gemeldet wurden.

Die Arbeiter-Einheitsfront in Polen

(Eigenbericht) Warschau

Anfang Dezember

Die beiden polnischen Arbeiterparteien, die sozialistische P.P.S. und die kommunistische P.F.R. begingen Ende November in gemeinsamen Veranstaltungen in ganz Polen den ersten Jahrestag des Bestandes ihrer Einheitsfront. In einem gemeinsamen Aufruf sichern die beiden Parteien die Bilanz ihrer bisherigen Zusammenarbeit, die sie hoch positiv bewerten. Man verweist auf den gemeinsamen Wahlsieg, die weitere Zurückdrängung der legalen und illegalen reaktionären Kräfte im Lande, auf die fortschreitende Durchführung des wirtschaftlichen Dreijahresplanes und auf den gemeinsamen außenpolitischen Kampf gegen den "englisch-amerikanischen Imperialismus". Diese letztere Redewendung wird durch einige weitere Sätze ergänzt, welche direkt aus der Rede Schdanows auf der Gründungstagung der Kominform entnommen sein könnten. Damit berührt der Aufruf der beiden polnischen Parteien bereits die problematische Seite ihrer Zusammenarbeit: die kommunistische Ideologie hat daran deutlich die Führung. Die polnischen Sozialisten erweisen sich insofern nachgiebiger als z.B. die tschechischen, die den Aufruf der Kominform wegen seiner Angriffe auf die Arbeiterparteien des Westens ablehnten.

Die Zusammenarbeit der beiden polnischen Arbeiterparteien beschränkt sich nicht nur auf Regierungsgeschäfte und parlamentarische Beschlüsse. Sie erstreckt sich auch auf die wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung. Gemeinsam leiten Sozialisten und Kommunisten die Gewerkschaften. Das Konsumvereinswesen erfährt jetzt eine Umbildung, an der gleichfalls beide Parteien gemeinsam beteiligt sind nach dem Programm des kommunistischen Industrieministers Hilary Minc. Getrennt bestehen noch die Jugendverbände beider Richtungen, haben aber vor kurzem eine gewisse Zusammenarbeit begonnen. Auch für die älteren Parteifunktionäre werden gemeinsame Schulungskurse veranstaltet. Das Ergebnis ist, wie der Aufbau zum Jahrestag der Einheitsfront feststellt, die ideologische Annäherung beider Richtungen aneinander.

Mitte Dezember hält die P.P.S. in Breslau ihren diesjährigen Parteitag ab, der zeigen wird, wie weit die Partei nach einem Jahr Einheitsfront ihre eigene Linie noch wahren kann. Zahlenmäßig ist sie mit etwa 700 000 Mitgliedern jetzt ungefähr gleich stark wie die P.F.R., doch hat sie in der Bevölkerung zweifellos die größere Mitlauferschaft. Die außenpolitischen Umstände begünstigen in einem Lande von der geographischen Lage Polens die Kommunisten natürlich mehr. Zu den Schwächenmomenten der P.P.S. gehört aber auch die schwere Dezimierung ihrer Führerschaft während der Okkupationszeit. Die Führung liegt heute in den Händen des jungen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz, der gleichfalls durch das KZ Auschwitz gegangen ist. In der Regierung wird sein Einfluß etwas durch den energischen kommunistischen Vizepremier Gomulka und die beiden erfahrenen kommunistischen Minister Minc und Modzelewski überschattet. Jetzt wird Cyrankiewicz zeigen müssen, ob er wenigstens die organisatorische Unabhängigkeit seiner Partei gegenüber den Kommunisten zu behaupten vermag.

Verantwortlich: Peter Raunau, Hannover